



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 141.22 / 03.08.2022

Ernährungssicherheit, Arten- und Klimaschutz müssen zusammengedacht werden

Zur Debatte um das Aussetzen der Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen zur Bekämpfung globaler Versorgungsengpässe sagt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Dirk Kock-Rohwer**:

Wir unterstützen die differenzierte Positionierung von Landwirtschaftsminister Schwarz. Zunächst muss auf EU-Ebene grundsätzlich geklärt werden, dass den Landwirt*innen durch eine Aussetzung der geplanten Flächenstilllegungen keine Nachteile entstehen. Eine vorschnelle Lösung, wie sie der Bauernverband fordert, kann zu erheblichen finanziellen Einbußen für die Landwirtschaft führen. Denn die Frage, welche Auswirkungen ein Aussetzen auf die Auszahlung von EU-Förderprämien und Direktzahlungen hat, ist bislang völlig ungeklärt. Ganz zu schweigen davon, dass dann Artenvielfalt und Naturschutz auf der Strecke bleiben.

Die Debatte, wie wir trotz einer weltpolitisch turbulenten Lage die globale Ernährungssicherheit aufrechterhalten, muss viel breiter geführt werden. Noch immer wird viel zu viel des angebauten Getreides für Tierfutter oder biologische Kraftstoffe verwendet. Und auch die verantwortungsvolle Nutzung von Lebensmitteln bietet einen wichtigen Hebel zur Verbesserung der Lage. Allein in Deutschland fallen jährlich zehn Millionen Tonnen Getreideäquivalente der Lebensmittelverschwendung zum Opfer.

Außerdem müssen Ernährungssicherheit, Arten- und Klimaschutz zusammengedacht werden. Denn langfristig gesehen verschärfen Biodiversitäts- und Klimakrise die globalen Versorgungsengpässe nur noch weiter.

Der Bauernverband täte gut daran, die langfristige Entwicklung in den Blick zu nehmen und eine an den Fakten orientierte Debatte zu führen. Generalsekretär Gersteuer sagt,

Schleswig-Holstein hätte ein Potenzial von 80.000 Tonnen mehr Getreide, wenn die geplanten vier Prozent der Fläche im kommenden Jahr nicht stillgelegt werden. Diese Zahl ist viel zu hoch gegriffen. Nur eine sachliche Debatte wird dazu führen, dass alle Beteiligten in dieser schwierigen Lage zu guten Lösungen kommen.
